Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den gen. Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im örtlichen Teile 100 Goldpfennig. Rechnungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 203. — 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Dienstag den 31. August 1926

Die deutschen Minderheiten.

Während früher, besonders vor dem Kriege, die pazifistisch eingestellten Kreise ihr Mekka im Haag sahen, so ist es jetzt Genf geworden. Dem Haag hat man nur den rein juristischen Teil gelassen. Alles andere hat sich nach Genf hingezogen. Deshalb ist jede Völkerbunds- oder besondere Ratssitzung stets von einer Reihe von Einzelveranstaltungen umrahmt oder wird durch sie eingeleitet. Alle Vereinigungen, die auf ihre Weise den Völkerbundgedanken fördern wollen, kommen hier zusammen, aber auch ein großer Teil der Leidtragenden, denen der Völkerbund nicht das gehalten hat, was man sich von ihm versprochen hat. Dazu gehören in erster Linie die nationalen Minderheiten.

Eine Minderheitenfrage hat es in dem jetzigen Sinne früher eigentlich nicht gegeben, vielleicht nur mit Ausnahme von Österreich-Ungarn, das ja immer ein buntscheckiges Sprachen- und Nationalitätengewimmel war. Die verschiedenen Friedensverträge versuchten allen diesen kleinen Völkern ihre Selbständigkeit zu geben. Deshalb stellte man das Nationalitätenprinzip obenan, ausgehend von dem so bestechenden Wilsonschen Gedanken des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Was daraus geworden ist, hat man ja erlebt. Anstatt die Nationalitätenfrage zu lösen, haben die Verträge sie erst geschaffen, und die Minderheitenfrage ist so erst in den Vordergrund gekommen. Diese Frage läßt seitdem Europa nicht mehr in Ruhe. Mit Recht wurde sie in der ersten Sitzung des diesmaligen Minderheitenkongresses in Genf als die Krankheit Europas bezeichnet.

Der Völkerbund sollte gewissermaßen als oberste Instanz jeder einzelnen Nation, die aus politischen Gründen einem fremden Staate einverleibt wurde, zu ihrem Rechte verhelfen. Der Bund hat jedoch stets versagt und den Siegerstaaten, um solche handelt es sich immer, Recht gegeben. Die Minderheiten konnten zwar ihre Anliegen vorbringen, waren aber nie gleichberechtigte Parteien, sondern nur Zeugen, denen man schließlich keine Glaubwürdigkeit beimaß. Hier soll nun die jetzt geschaffene Zusammenfassung der Minderheitenkonferenzen Wandel schaffen.

Die Minderheitenfrage ist in erster Linie aber auch eine deutsche Frage. Mit verhältnismäßig geringen Ausnahmen handelt es sich fast überall um Deutsche, die man entweder vom Mutterlande abgetrennt hat oder die seit Jahrhunderten in den jetzt neu geschaffenen Nationalstaaten leben und nun mit allen Mitteln gezwungen werden sollen, ihre Nationalität aufzugeben. Hier sei in erster Linie an Böhmen erinnert, wo die Stoßkraft der Deutschen, trotzdem sie mehrere Millionen zählen, dadurch noch geschwächt wird, daß sie keinen festen Körper im Innern des Staates bilden, sondern ihm wie ein Rand aufliegen. Aber auch der Südtiroler sei gedacht, denen man jetzt sogar ihre Namen nehmen will, um möglichst schnell das deutsche Land mit seinen deutschen Bewohnern zu verwelschen.

In seiner Schlußrede zu Genf sprach der Vertreter der baltischen Deutschen, Professor Schiemann, die Hoffnung aus, daß der wahre Völkerbundgedanke sich schließlich doch noch durchsetzen werde. Er wünschte deshalb Ergänzung und Stärkung des Bundes durch ein Weltparlament und spielte dabei auf die Interparlamentarische Union an, die sich jetzt wieder in Genf versammelt. Hier begegnen sich seine Gedanken mit solchen des früheren deutschen Reichskanzlers Dr. Wirth, die dieser einem Zeitungsvertreter gegenüber äußerte. Er hoffte dabei besonders auf eine Erhöhung des Ansehens dieser internationalen Vereinigung, die bisher von deutscher Seite nur von einem Teil der Parteien beschickt war.

Man mag den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund betrachten wie man will. Eins steht jedoch fest, daß er zu einer Instanz werden könnte, die die Interessen der Minderheiten energisch vertritt. Der Völkerbund muß jetzt zeigen, ob er auf dem Wege ist, wirklich den Gedanken der Völkerfreiheit auszubauen, oder ob er weiter eine Interessenvereinigung bleiben will, zu der man Deutschland nur geladen hat, um es so besser unter Kontrolle zu haben. Die Minderheitenfrage ist, wie schon gesagt, hauptsächlich eine deutsche Frage. Deshalb ist Deutschlands Mission eine große, die aber auch den anderen Minderheiten zugute kommen wird. Denn der Schutz der Minderheiten obliegt allein Deutschland, da es französische, englische oder italienische Minderheiten so gut wie gar nicht gibt und die anderen in Betracht kommenden Nationen zu wenig Einfluß haben.

Sparer gegen Regierung.

Einheitsfront der Sparer- und Aufwertungsverbände.

Wie der Deutsche Sparerbund mitteilt, haben die Aufwertungsorganisationen Deutschlands am Sonntag in Erfurt getagt, um zu der Zurückweisung des Volksbegehrens durch den Reichsinnenminister Stellung zu nehmen. Sie sind zu folgender einmütiger Entschließung gekommen:

„Die rechtsfeindliche Stellungnahme von Regierung und Reichstag, besonders in der Aufwertungsfrage, hat Veranlassung dazu gegeben, daß alle Verbände, die für die Wiederherstellung des Rechtes und den Wiederaufbau einer gesunden Wirtschaft eintreten, sich auf einer Tagung in Erfurt am 29. August 1926 zu einer einheitlichen politischen Kampffront zusammengeschlossen haben."

Tagung der Studienkommission.

Genfer Mißhelligkeiten.

In der Montag früh eröffneten Tagung der Studienkommission in Genf zur Reform des Völkerbundrates kam es sofort zu einem scharfen Mißklang. Die Tagung wurde von dem schweizerischen Bundesrat Motta eröffnet. Zuerst fand eine vertrauliche Beratung statt, an der Lord Cecil-Großbritannien, Scialoja-Italien, von Hoesch-Deutschland, Sato, japanischer Gesandter in Warschau, Palacios, spanischer Botschafter in Brüssel, de Brouckère-Belgien, Beverka, tschechoslowakischer Gesandter in Bern, Sjöborg, Unterstaatssekretär im schwedischen Ministerium des Äußern, Chao Hsin Chu, chinesischer Gesandter in Rom, Dr. Guani-Uruguay und Cantilo-Argentinien teilnahmen.

Bei dem Übergang zu öffentlicher Verhandlung erhob sich sofort der spanische Delegierte Palacios und verlangte in längeren Darlegungen im Namen des spanischen Königs und der spanischen Regierung, daß die Forderung Spaniens auf einen ständigen Ratssitz in der gegenwärtigen Tagung des Prüfungsausschusses entschieden und nicht auf einen späteren Zeitpunkt verschoben wird.

Es entspinnt sich nach dieser Forderung des Spaniers eine lange Geschäftsordnungsdebatte, die schließlich mit der Vertagung auf den Abend endet.

Der französische juristische Vertreter Fromageot hat bekanntlich einen Antrag zur Reform der Bestimmungen über den Völkerbundrat gestellt. Fromageot beantragt: Ein ausscheidendes Mitglied kann drei Jahre nach Ablauf seiner Mandatsdauer nur dann wiedergewählt werden, wenn erstens bei seiner Wahl mindestens zwei Drittel durch Vermerk auf dem Stimmzettel es für wiederwählbar erklärt haben. (Die Wiederwählbarkeit bezieht sich auf die drei Mitglieder, die die meisten Stimmen über die Zweidrittelmehrheit hinaus erlangt haben); wenn zweitens beim Ablauf des Mandats oder im Laufe der drei Amtsjahre des betreffenden Mitglieds die Versammlung mit Zweidrittelmehrheit demgemäß entscheidet. Auf jeden Fall darf die Zahl der auf diese Weise wiedergewählten Mitglieder nicht ein Drittel der nichtständigen Ratsmitglieder übersteigen.

Verhandlungen mit den Deutschen.

Sonntag abend trafen als deutsche Delegation zur Tagung der Studienkommission Botschafter von Hoesch und Ministerialdirektor Gaus in Genf ein. Der französische Vertreter Fromageot, der mit Dr. Gaus in Berlin eine Besprechung gehabt hatte, hatte schon am Nachmittag das Hotel Metropole aufgesucht, um den deutschen Vertretern, die noch nicht eingetroffen waren, einen Besuch abzustatten. Eine halbe Stunde nach ihrem Eintreffen begaben sich die deutschen Vertreter in das Hotel Beau Rivage, in dem die englischen Mitglieder der Studienkommission, Lord Cecil und Sir Cecil Hurst, eingetroffen waren. Hier fand zwischen den englischen, französischen und deutschen Vertretern eine fast zweistündige Unterredung statt. Die Besprechung brachte im wesentlichen eine Bestätigung der Vorschläge der ersten Tagung des Prüfungsausschusses.

Englische Erklärung über Deutschlands Eintritt.

Der Genfer Vertreter der amtlichen Agence Havas glaubt zu wissen, daß im Laufe der letzten Woche zwischen dem Sekretariat des Völkerbundes einerseits und den Mitgliedsstaaten des Völkerbundes und Deutschland andererseits Verhandlungen stattgefunden hätten, um das Vorgehen bei der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund in allen Einzelheiten zu regeln.

Vor allem sei ohne weiteres anerkannt worden, daß Deutschland nicht nochmals dem im März angewandten Aufnahmeverfahren entsprechend der Völkerbundsatzung unterworfen werden könne. Da die deutsche Regierung ihren ordnungsgemäßen Aufnahmeantrag nicht zurückgezogen habe, so sei es nicht nötig, daß er neu gestellt werde, und ebensowenig, daß der Völkerbundrat erneut damit befaßt werde.

Das übliche Verfahren vor der Versammlung habe im Laufe der ordentlichen Märztagung stattgefunden. Unter Hinweis auf Briands Worte von der einstweiligen moralischen Aufnahme Deutschlands wird in der Havasmeldung erklärt, daß die Abstimmung der Versammlung zugunsten der Aufnahme Deutschlands gleich bei Beginn der Tagung erfolgen müsse.

Gärung in Spanien.

Spanische Revolutionsbewegung?

Verbindung mit dem Ausland gestört.

Seit einigen Tagen scheinen sich in Spanien politische Vorgänge abzuspielen, in die das Ausland nur geringen Einblick gewinnen kann, da die telegraphische und telephonische Verbindung nach außen anscheinend absichtlich unterbrochen ist. Das griechische Vorbild, der Sturz des Diktatorgenerals Pangalos durch einen anderen General, der die Wiedereinführung des Parlamentarismus auf seine Fahne geschrieben hat, sind auf die Stimmung in dem ebenfalls diktatorisch regierten Spanien nicht ohne Einfluß geblieben. Wie schon berichtet, hat sich besonders in Spanien der Widerstand gegen das herrschende Regime in letzter Zeit sehr vermehrt.

Nach übereinstimmenden Mitteilungen sind in Spanien ernste Unruhen ausgebrochen, über deren Tragweite man völlig im unklaren ist, weil nach Meldungen aus Gibraltar der gesamte Telegraphen- und Telephonverkehr mit Spanien unterbrochen ist. Es laufen sogar Gerüchte von blutigen Zusammenstößen um, die wegen der fehlenden Verbindungen bisher noch nicht nachgeprüft werden konnten.

Englische Zeitungen bringen aufsehenerregende Einzelheiten. Zivilwachen schützten die Bahnen von Badajoz an. „Westminster Gazette" will auf der spanischen Botschaft erfahren haben, daß infolge der ernsten Lage eine Zensur für Nachrichten aus Spanien möglich sei. Demselben Blatt zufolge berichtet die Gibraltarstation der Eastern Telegraph Company, daß die Verbindungen mit den südspanischen Stationen unterbrochen seien. „Daily Mail" zufolge sind während der letzten 24 Stunden keine direkten Nachrichten mehr von irgendeinem spanischen Ort eingetroffen.

Einberufung der Cortes.

„Daily Expreß" berichtet aus Hendaye an der französisch-spanischen Grenze, die spanischen Cortes seien früher als erwartet wurde einberufen worden, angeblich wegen des Gesundheitszustandes des 19 Jahre alten Thronfolgers, des Prinzen von Asturien. Es würden Befürchtungen für sein Leben gehegt.

Der zweite Sohn des spanischen Königs, Don Jaime, ist bekanntlich taubstumm! Es laufen Gerüchte um, daß General Primo de Rivera regierungsmüde sei. Es ist unmöglich, festzustellen, was Wahres daran ist.

Die Begründung zur Einberufung der Cortes, der gesetzgebenden Versammlung, wegen des Gesundheitszustandes des Thronfolgers ist offenbar eine Verschleierung der wirklichen Tatsachen, von denen zurzeit kein klares Bild zu gewinnen ist.

Beleidigungsprozeß Dr. Schacht.

Um die Aufwertung der alten Tausender.

Unter geradezu ungeheuerlichem Andrange des Publikums nahm eine neue Verhandlung wegen Beleidigung des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht im Moabiter Kriminalgericht ihren Anfang. Wiederum handelte es sich um den von dem Verband der sogenannten Reichsbankgläubiger geführten Kampf um die Aufwertung der alten Reichsbanknoten. Nicht weniger als vierzig solcher Prozesse laufen gegenwärtig. Im Gerichtsgebäude kam es zu beispiellosen Tumultszenen.

Die Anträge wegen Beleidigung richteten sich diesmal gegen den Metallwarenfabrikanten und Verbandsvorsitzenden Roll. Reichsbankpräsident Dr. Schacht wurde zunächst als Zeuge danach befragt, wie lange er die Leitung der Reichsbank habe. Darauf äußerte er sich über den Inhalt der Rede, die von ihm in der bekannten Generalversammlung der Reichsbankaktionäre gehalten wurde und nach seiner Angabe den Angeklagten gereizt habe. Nach der Erklärung des Dr. Schacht sollte sie dem Unfug steuern, armen Leuten, die leider in der Inflation ihr Geld verloren haben, das Geld weiter durch falsche Vorspiegelungen aus der Tasche zu ziehen. Der Staatsanwalt hielt daraufhin sein Plädoyer und beantragte einen Monat Gefängnis. Das Urteil lautete auf 750 Mark Geldstrafe. Der Angeklagte möge aus einem gewissen guten Willen und Idealismus heraus gehandelt haben. In der Form jedoch sei er zu weit gegangen.

Armee- und Marinegedenktag in Nürnberg

Der Festzug.

In der großen Luitpold-Halle hielten Feldmarschall von Mackensen und Kronprinz Rupprecht Ansprachen. Im Kulturverein entwickelte sich ebenfalls ein reich-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF